

Satzung

des Vereins

GoodWeave International e.V.

Ursprünglich durch den einstimmigen Beschluss des Vorstands von GoodWeave International am 21. Mai 1999 in Köln beschlossen. Geändert und beschlossen durch den einstimmigen Beschluss der Mitgliederversammlung am 21. Juni 2009, geändert durch Vorstandsbeschluss vom 20. Juli 2009; geändert und beschlossen durch den einstimmigen Beschluss der Mitgliederversammlung am 14. Juli 2010; geändert und beschlossen durch einstimmigen Beschluss der Mitgliederversammlung vom 12. März 2011.

§ 1

Name, Vereinssitz, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein trägt den Namen "GoodWeave International" und trägt den Namenszusatz "e.V."
- (2) Der Vereinssitz ist Köln.
- (3) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2

Zweck des Vereins

- (1) Der Verein verfolgt lediglich und direkt gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. (§ 3 AO).
- (2) Zweck des Vereins ist insbesondere die Überwindung illegaler Kinderarbeit. Den Kindern soll die Möglichkeit gegeben werden, an Maßnahmen zur Schul- und Berufsausbildung sowie an weiteren Maßnahmen teilzuhaben, damit sie neue Hoffnung und Perspektiven für ihre Zukunft erhalten. Der Verein fördert ebenfalls die

Beschäftigung der Eltern, so dass diese ihre Familien angemessen versorgen können. Der Verein orientiert sich hierbei an den Richtlinien der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen.

(3) Der Zweck des Vereins wird im Besonderen verfolgt durch:

- a) das Management und die Förderung des geistigen Eigentums von GoodWeave, inklusive der GoodWeave-Siegel, für die Verwendung auf Teppichen, die von Lizenznehmern entsprechend der GoodWeave-Kriterien hergestellt wurden.
- b) die Entwicklung und Erleichterung von Schul-, Berufsausbildungs-, und Rehabilitationsprogrammen, die dem Wohle der Kinderarbeiter und deren Familien dienen.
- c) die Einrichtung von Entwicklungsprogrammen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen erwachsener Arbeiter in der Teppichindustrie entsprechend den international anerkannten Arbeitsrichtlinien. Hierdurch kann die Teppichindustrie zu einem Vorbild werden, in der Facharbeiter und ihre Familien einen angemessenen Lohn erhalten und Teppiche mit umweltschonenden Methoden hergestellt werden.

Weitere Maßnahmen für die Umsetzung der Ziele des Vereins sowie weitere Details hierzu können in einer zusätzlichen Vereinbarung zu dieser von der Mitgliederversammlung beschlossenen Satzung festgelegt werden.

(4) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(5) Das Vermögen des Vereins wird nur für die in dieser Satzung festgeschriebenen Zwecke verwendet. Die Mitglieder profitieren nicht vom Gewinn des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

(6) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall seines gemeinnützigen Zweckes fällt das Vermögen dieses Vereins an UNICEF, mit der Maßgabe, dass es dort direkt für gemeinnützige Zwecke eingesetzt wird. Falls UNICEF diese Bedingungen nicht erfüllen

kann, wird der Verein eine andere gemeinnützige Einrichtung oder Organisation benennen, die mit der Verwendung des verbleibenden Vermögens beauftragt wird.

- (7) Die Inhaber von Vereinsämtern sind grundsätzlich ehrenamtlich tätig. Der Verein kann Personal für das Management und die Durchführung von Programmen und Verwaltung einstellen. Das Gehalt dieses Personals wird von der Mitgliederversammlung entsprechend der auf dem Arbeitsmarkt üblichen Gehälter festgelegt. Vorstands- und Beiratsmitglieder arbeiten grundsätzlich ehrenamtlich für den Verein.

§ 3

Mitgliedschaft

- (1) Dem Verein gehören ordentliche, stimmberechtigte Mitglieder an, sowie Fördermitglieder, die nicht stimmberechtigt sind.
- (2) Es gibt zwei Gruppen von ordentlichen Mitgliedern. Diese sind:
- a) Vereinsmitglieder aus teppichproduzierenden Ländern. Jedes GoodWeave-Büro in einem teppichproduzierenden Land, welches einen Vertrag mit GoodWeave oder einem von GoodWeave benannten Dritten unterzeichnet hat, hat eine Stimme.
 - b) Vereinsmitglieder aus Teppich-Konsumentenländern. Jedes GoodWeave-Büro in einem Teppich-Konsumentenland, welches einen Management-Vertrag mit GoodWeave oder einem von GoodWeave benannten Dritten unterzeichnet hat, hat eine Stimme.
- (3) Der Jahresbeitrag für die ordentlichen Mitglieder wird von der Mitgliederversammlung festgelegt.
- (4) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

- (5) Eine Fördermitgliedschaft steht allen Privatpersonen oder Organisationen offen, die sich in irgendeiner Weise an den Aktivitäten von GoodWeave beteiligen, oder die ein deutliches Interesse daran bekunden, die Aktivitäten von GoodWeave zu unterstützen oder sich daran zu beteiligen. Anträge auf Fördermitgliedschaft müssen vom Vorstand genehmigt werden. Nach Genehmigung der Mitgliedschaft wird eine Privatperson oder Organisation mit der Zahlung eines Mitgliedbeitrags, der vom Vorstand festgelegt wird, für drei Jahre Fördermitglied, wobei dieser Zeitraum verlängert werden kann.
- (6) Fördermitglieder sind als Beobachter zur Teilnahme an Treffen der Mitgliederversammlung berechtigt, jedoch haben Sie kein Stimmrecht bezüglich in der Mitgliederversammlung verhandelter Themen.
- (7) Fördermitglieder können sich nach außen hin als „Förderer“ von GoodWeave kenntlich machen, sofern sie die vom Vorstand festgesetzten Bedingungen erfüllen. Förderer dürfen das GoodWeave-Siegel verwenden, um für die Förderung von GoodWeave zu werben, sofern sie eine schriftliche Lizenz von GoodWeave erhalten haben, in der die Details für die Verwendung festgelegt werden und in der bestimmt wird, inwiefern Text und Layout der Werbung koordiniert und vom Vorstand genehmigt werden müssen.
- (8) Alle Mitglieder erkennen das Eigentumsrecht des Vereins auf die GoodWeave-Siegel und weiteres geistiges Eigentum an und fechten dieses Eigentumsrecht nicht an.
- (9) Ein Fördermitglied kann durch Beschluss des Vorstandes vom Verein ausgeschlossen werden, wenn sein Verhalten in grober Weise gegen die Bestimmungen der Satzung oder gegen die allgemeinen Interessen des Vereins verstößt. Die Mitteilung über den Ausschluss an das auszuschließende Fördermitglied muss in schriftlicher Form erfolgen.
- (9) Die Mitgliedschaft endet auch bei freiwilligem Austritt aus dem Verein zum Ende eines Kalenderjahres bei Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten. Die Austrittserklärung ist nur gültig, wenn sie in schriftlicher Form an ein Vorstandsmitglied erfolgt.

§ 4

Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung, bestehend aus allen gemäß § 3 dieser Satzung wahlberechtigten Mitgliedern, ist das wichtigste Organ für die Umsetzung der Ziele von GoodWeave und überwacht weiterhin die Geschäftstätigkeiten des Vereins. Alle Mitglieder (inklusive der Fördermitglieder) müssen zu allen Mitgliederversammlungen eingeladen werden.

(2) Der Mitgliederversammlung obliegen vor allem:

a) Die Beschlussfassung über

- Satzungsänderungen und -ergänzungen sowie Auflösung des Vereins

b. Die Beschlussfassung über sonstige Angelegenheiten:

- Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern;
- Beschlussfassung über die allgemeinen Kriterien des GoodWeave-Programms;
- Veränderungen der Markennamen, der GoodWeave-Siegel und ihrer Bestandteile sowie der von den Lizenznehmern benötigten Hinweise und Zusätze;
- Genehmigung von Verträgen mit ausländischen Organisationen und nationalen Mitgliedsorganisationen;
- Wahl und vorzeitige Abberufung des Vorstandsvorsitzenden, der anderen Vorstandsmitglieder und der Beiratsmitglieder.
- Genehmigung der Jahresbilanz;
- Ernennung des Wirtschaftsprüfers und Entgegennahme des Berichts des Wirtschaftsprüfers;
- Annahme und Genehmigung der dem Vorstand vorgeschlagenen Haushalts- und sonstigen Pläne;
- Beschlussfassung über Geschäftsordnungen für den Verein, den Vorstand und die Geschäftsführung;

- Beschlussfassung über den Betrag und das Fälligkeitsdatum von Mitgliedsbeiträgen, sofern diese nicht vom Vorstand in Übereinstimmung mit dieser Satzung bestimmt werden.

(3) Hat ein GoodWeave-Büro eines teppichproduzierenden Landes die Bestimmungen und Bedingungen eines Kooperationsvertrages verletzt, so kann die Mitgliederversammlung nur unter der Voraussetzung, dass eine gründliche Untersuchung stattgefunden hat, deren Ergebnisse schriftlich festgehalten wurden und eine schriftliche Verwarnung (inklusive Untersuchungsbericht) ausgesprochen wurde und der betroffenen Organisation die Möglichkeit gegeben wurde, die aufgetretenen Probleme innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu beheben, durch Mehrheitsbeschluss einen Kooperationsvertrag mit diesem GoodWeave-Büro auflösen und ihm das Recht entziehen, die GoodWeave-Siegel zu verwenden bzw. Lizenznehmer anderweitig im Namen der Organisation zu unterstützen.

(4) Hat ein nationales GoodWeave-Büro eines Teppich-Konsumentenlandes die Bestimmungen und Bedingungen eines Management-Agreements verletzt, so kann die Mitgliederversammlung nur unter der Voraussetzung, dass eine gründliche Untersuchung stattgefunden hat, deren Ergebnisse schriftlich festgehalten wurden und eine schriftliche Verwarnung (inklusive Untersuchungsbericht) ausgesprochen wurde und der betroffenen Organisation die Möglichkeit gegeben wurde, die aufgetretenen Probleme innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu beheben, durch Mehrheitsbeschluss das Management-Agreement mit diesem GoodWeave-Büro auflösen und ihm das Recht entziehen, die GoodWeave-Siegel zu verwenden bzw. Lizenznehmer anderweitig im Namen der Organisation zu unterstützen.

§ 5

Einberufung, Sitzungen und Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Weitere Mitgliederversammlungen können vom Vorstand festgelegt werden, wenn es die Interessen des Vereins erfordern, oder wenn mindestens 1/3 der Mitglieder dies verlangt.

- (2) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand mit einer Frist von mindestens 4 Wochen einberufen; die Frist errechnet sich vom Datum der Absendung an. Die Einberufung per Fax oder E-Mail ist gestattet; Sitzungen können per Telefonkonferenz oder anderen multimedialen Mitteln abgehalten werden. Der Einladung ist ein Vorschlag zur Tagesordnung beizufügen. Beschlussanträge sind den Mitgliedern mindestens zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung zu übermitteln (es gilt das Datum der Absendung). Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder vertreten ist. Bei Beschlussunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von 4 Wochen erneut eine Mitgliederversammlung einzuberufen, die dann ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Mitglieder beschlussfähig ist.
- (3) Der Vorstand kann über einzelne Angelegenheiten außerhalb der Mitgliederversammlung schriftlich abstimmen lassen. In diesem Fall ist den Mitgliedern eine Frist zur Abgabe ihrer Stimme von mindestens zwei Wochen ab Eingang der Abstimmungsunterlagen bei den Mitgliedern einzuräumen; die Abstimmungsunterlagen gelten spätestens am dritten Tag nach Absendung als bei den Mitgliedern eingegangen. Die Abstimmung wird durch Zurücksenden der Abstimmungsunterlagen an den Vorstand über die Geschäftsadresse des Vereins durchgeführt; nur die Stimmen, die innerhalb von vier Wochen nach Versendung der Abstimmungsunterlagen durch den Vorstand zurückerhalten wurden, werden berücksichtigt. Im Sinne des Mehrheitsbeschlusses gilt § 5 (5) der Vereinssatzung in Abweichung von § 32 Absatz 2 BGB.
- (4) Der Vorsitzende der Mitgliederversammlung ist der Vorsitzende des Vorstandes. Sollte er verhindert sein, übernimmt sein Stellvertreter sein Amt. Ist auch dieser verhindert, so wird der Vorsitzende der Mitgliederversammlung von der Versammlung bestimmt.
- (5) Entscheidungen über grundsätzliche Angelegenheiten gemäß § 4 (2a) bedürfen einer Mehrheit von 75% der abgegebenen Stimmen. Alle anderen Entscheidungen werden mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt. Der Vorsitzende entscheidet über die Art der Abstimmung. Auf Antrag eines stimmberechtigten Mitglieds erfolgt die Wahl als geheime Wahl.

- (6) Bei der Wahl von Vorstands- oder Beiratsmitgliedern gilt folgende Regel: Falls im ersten Wahlgang kein Kandidat die erforderliche Mehrheit erreicht hat, findet zwischen den beiden Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl im ersten Wahlgang eine Stichwahl statt.
- (7) Mit einer Stimmenmehrheit von 80% kann die Mitgliederversammlung beschließen, dass ein Mitglied oder einzelne Mitglieder befugt sind, Beiratsmitglieder zu entsenden. Entsandte Mitglieder des Beirats dürfen nicht von der Mitgliederversammlung gewählt werden.
- (8) Jedes Mitglied kann jederzeit beantragen, dass zusätzliche Punkte auf die Tagesordnung genommen werden. In diesem Fall muss die Mitgliederversammlung darüber entscheiden, ob der Antrag angenommen oder zurückgewiesen wird.

§ 6

Vorstand

- (1) Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Er ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, sofern diese nicht entsprechend dieser Satzung einem anderen entscheidungsfähigen Organ (Mitgliederversammlung oder Beirat) zugewiesen sind. Der Vorstand kann Personal einstellen, das ihn bei der Erfüllung seiner Pflichten unterstützt.
- (2) Der sogenannte erweiterte Vorstand besteht aus dem Vorstandsvorsitzenden, dem Vize-Vorsitzenden, einem Generalsekretär und einem Schatzmeister. Darüber hinaus kann der erweiterte Vorstand aus höchstens vier weiteren Mitgliedern bestehen. In jedem Fall darf die Gesamtzahl der Vorstandsmitglieder nicht mehr als acht betragen. Die Anzahl der vereinsexternen Vorstandsmitglieder darf die Anzahl der Mitgliedervertreter im Vorstand nicht überschreiten.
- (3) Eigentümer oder Beschäftigte von Betrieben, die das GoodWeave-Siegel nutzen, dürfen insgesamt höchstens ein Vorstandsmitglied stellen.

- (4) Der Vorstandsvorsitzende repräsentiert den Verein in gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten gemäß § 26 BGB. Der Vorstandsvorsitzende kann anderen Vorstandsmitgliedern oder einem angestellten Geschäftsführer für bestimmte Geschäfte, bestimmte Arten von Geschäften oder für bestimmte Zeiträume eine Vollmacht erteilen.

§ 7

Wahl, Amtsdauer und Geschäftsordnung des Vorstands

- (1) Die Vorstandsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt. Die Wiederwahl ist nur für eine Amtszeit zulässig. Sie bleiben bis zur Neuwahl des Vorstands im Amt. Die Wiederwahl ist erlaubt. Der Vorstand hat aus vier GoodWeave Mitgliedervertretern und bis zu vier vereinsexternen Vertretern zu bestehen. Die nationalen GoodWeave-Büros, die einen Vorstandsposten übernehmen wollen, müssen vor den eigentlichen Vorstandswahlen eine Person bestimmen, die das Büro im Vorstand vertreten soll. Diese Person muss nicht dem Vorstand des nationalen Büros, durch das sie nominiert wird, angehören. Gemäß § 3 (2) werden der Vorsitzende und der Generalsekretär aus unterschiedlichen Mitgliedergruppen gewählt. Der Vorsitzende muss gemäß dem Rotationsprinzip aus allen Mitgliedergruppen gewählt werden.
- (2) Die Mitgliederversammlung kann eine Geschäftsordnung für den Vorstand beschließen.

§ 8

Interessenskonflikte

- (1) Für den Fall, dass GoodWeave beabsichtigt, ein Rechtsgeschäft oder einen Vertrag umzusetzen, das/der die privaten Interessen eines Vorstands- Komitee- oder Ratsmitgliedes von GoodWeave bedient, müssen die Interessen des Vereins gemäß den folgenden Regelungen geschützt werden.
- (2) Involvierte Personen sind alle Mitglieder des Vorstands, Komitees oder des Rates, die direkt oder indirekt finanziell involviert sind. Finanzielle Investitionen einer Person

bedeuten, dass diese Person direkt oder indirekt durch Geschäftsaktivitäten, Investitionen oder familiäre Beziehungen:

- (a) in ein Unternehmen investiert oder Besitzanteile an diesem Unternehmen hat, das ein Rechtsgeschäft oder einen Vertrag abgeschlossen hat;
 - (b) einen Vertrag geschlossen hat über den Erhalt einer Zahlung durch das Unternehmen, die Organisation oder Person, mit dem/der der Verein ein Rechtsgeschäft oder einen Vertrag eingegangen ist (inklusive direkter oder indirekter Vergütung, Geschenke oder Gefallen erheblicher Art); oder
 - (c) potentielle Besitz- oder Aktienanteile an oder einen Vergütungsvertrag mit einer Organisation oder Person hat, mit der der Verein über ein Rechtsgeschäft oder einen Vertrag verhandelt.
- (3) Im Zusammenhang mit tatsächlichen oder möglichen Interessenskonflikten muss eine involvierte Person die Existenz ihrer finanziellen Beteiligung offenlegen und ihr muss die Möglichkeit gegeben werden, dem Vorstand oder der Mitgliederversammlung, die über das geplante Rechtsgeschäft oder den Vertrag entscheiden, alle wichtigen Fakten darzulegen. Nachdem die involvierte Person ihre finanzielle Beteiligung und alle anderen wichtigen Fakten offengelegt hat, darf sie nicht weiter an der Sitzung teilnehmen, in der diese Information offengelegt wurde und Überlegungen angestellt werden sowie über den Beschluss bezüglich dieses Interessenskonflikts abgestimmt wird. Die übrigen Mitglieder der Versammlung müssen darüber entscheiden, ob ein Interessenskonflikt vorliegt oder nicht.
- (4) Bei der Entscheidung, ob es sich um einen Interessenskonflikt handelt oder nicht, muss der Verein folgende Schritte einhalten:
- (a) Der involvierten Person ist es erlaubt, während der Sitzung des Vorstands oder der Mitgliederversammlung eine Erklärung abzugeben. Nach dieser Erklärung muss die involvierte Person jedoch die Sitzung für die Zeit der Beratung und Abstimmung über das Rechtsgeschäft oder den Vertrag, der zu einem Interessenskonflikt führen könnte, verlassen.

- (b) Der Vorsitzende muss, falls notwendig, eine nicht involvierte Person oder ein Komitee mit der Untersuchung von Alternativen zum geplanten Rechtsgeschäft oder Vertrag beauftragen.
 - (c) Der Vorstand oder die Mitglieder müssen dann angemessene Schritte unternehmen, um zu entscheiden, ob der Verein ein vorteilhaftes Rechtsgeschäft oder einen Vertrag mittels angemessener Anstrengungen abschließen kann, das/der nicht zu einem Interessenskonflikt führen würde.
 - (d) Kann ein vorteilhaftes Rechtsgeschäft oder ein Vertrag, das/der nicht zu einem Interessenskonflikt führen würde, unter den gegebenen Bedingungen nicht mit angemessenen Mitteln erreicht werden, müssen der Vorstand und die Mitgliederversammlung mit einer Stimmenmehrheit der nicht involvierten Mitglieder des Vorstands oder der Mitgliederversammlung beschließen, ob das Rechtsgeschäft oder der Vertrag im besten Interesse des Unternehmens liegt und seinem eigenen Vorteil dient und ob die Vereinbarung angemessen für das Unternehmen ist. Weiterhin müssen sie beschließen, ob dieses Rechtsgeschäft oder der Vertrag in Übereinstimmung mit diesem Beschluss eingegangen werden muss.
- (5) Entscheidet der Vorstand, dass möglicherweise ein verdeckter Interessenskonflikt besteht, muss er die folgenden Schritte unternehmen:
- (a) Haben die Mitglieder des Vorstands oder der Mitgliederversammlung die begründete Vermutung, dass ein Mitglied einen tatsächlichen oder möglichen Interessenskonflikt nicht offengelegt hat, so müssen sie dieses Mitglied über die Gründe dieser Vermutung unterrichten und dem Mitglied die Möglichkeit geben, Stellungnahme zur versäumten Offenlegung zu beziehen.
 - (b) Befinden die Mitglieder des Vorstands oder der Mitgliederversammlung, nachdem sie die Antwort der involvierten Person gehört haben und weitere, unter den gegebenen Umständen notwendige Untersuchungen durchgeführt wurden, dass das Mitglied wirklich versäumt hat, den tatsächlichen oder möglichen Interessenskonflikt offenzulegen, müssen sie entsprechende disziplinarische und Abhilfemaßnahmen in die Wege leiten. Diese Maßnahmen können eine Warnung oder Ermahnung des betroffenen Mitglieds, eine Geldstrafe, das Verbot der

Durchführung von Aktivitäten oder Belegung von Posten im Verein, den Verlust eines Postens in jedwedem Komitee des Vereins oder den vorübergehenden oder permanenten Ausschluss aus dem Verein umfassen.

(6) Das Protokoll der Sitzungen des Vorstandes oder der Mitgliederversammlung, in denen Überlegungen zu potentiellen Interessenskonflikten angestellt wurden, muss Folgendes enthalten:

- (a) Die Namen der involvierten Personen, die eine finanzielle Investition in Kombination mit einem tatsächlichen oder möglichen Interessenskonflikt offengelegt haben oder deren finanzielle Beteiligung anderweitig bestimmt wurde, die Art der finanziellen Beteiligung, alle Maßnahmen, die unternommen wurden, um zu unterscheiden, ob es einen Interessenskonflikt gab, sowie den Beschluss des Vorstandes oder der Mitgliederversammlung, ob ein Interessenskonflikt bestand; und
- (b) die Namen der involvierten Personen, die während der Beratungen und Vereinbarungen über das Rechtsgeschäft oder den Vertrag anwesend waren, die Inhalte der Beratungen inklusive aller Alternativen für das geplante Rechtsgeschäft oder den Vertrag und einen Kommentar über alle in diesem Zusammenhang getroffenen Vereinbarungen. Kopien aller Berichte, Schätzungen sowie weitere schriftliche Daten, die während der Sitzung zum Zweck der Analyse des Interessenskonfliktes vorgestellt wurden, oder die Abstimmung über das geplante Rechtsgeschäft oder den Vertrag, müssen für die Akten in das Sitzungsprotokoll aufgenommen werden.

(7) Jedes Mitglied des Vorstands, Komitees oder der Mitgliederversammlung muss jährlich eine Erklärung unterschreiben, in denen die Tatsachen über eine tatsächliche oder mögliche finanzielle Beteiligung dargelegt werden oder die aufzeigt, dass er oder sie keine anzugebenden finanziellen Investitionen unternimmt, und muss diese dem Vorsitzenden übergeben. In dieser jährlichen Erklärung muss auch festgehalten werden, dass die Person:

- (a) eine Kopie der in § 8 dieser Satzung festgelegten Bestimmungen erhalten hat;

- (b) die in § 8 dieser Satzung festgelegten Bestimmungen zur Kenntnis genommen und verstanden hat;
- (c) sich bereit erklärt hat, die in § 8 dieser Satzung festgelegten Bestimmungen einzuhalten;
- (d) weiß, dass die in § 8 dieser Satzung festgelegten Bestimmungen für den Vorstand, jedes Organ des Vereins, jedes Mitglied des Beirats sowie für alle ordentlichen Komitees gilt; und
- (e) weiß, dass es sich bei dem Unternehmen um eine gemeinnützige Organisation handelt und es daher vor allem Aktivitäten durchführen muss, um einen oder mehrere seiner abgabefreien Zwecke umzusetzen und seinen Steuerstatus zu behalten.

Die vollständigen jährlichen Erklärungen müssen dem Generalsekretär übergeben werden.

- (8) Um sicherzustellen, dass die Aktivitäten des Vereins im Sinne seines gemeinnützigen Zweckes sind und dass der Verein keine Aktivitäten durchführt, die seinen Status als von der Körperschaftssteuer befreiter Verein gefährden könnten, müssen regelmäßige Wirtschaftsprüfungen vorgenommen werden. Folgendes wird mindestens bei diesen regelmäßigen Wirtschaftsprüfungen geprüft:
- (a) ob die Vergütungsverträge und Leistungen angemessen sind und das Ergebnis von Verhandlungen zwischen rechtlich unabhängigen Parteien sind; und
 - (b) ob Partnerschaftsabkommen und Joint-Venture-Verträge sowie Verträge mit professionellen Dienstleistern den schriftlichen Richtlinien entsprechen, ordentlich erfasst wurden, angemessene Bezahlung für Waren und Dienstleistungen enthalten, den gemeinnützigen Zweck des Vereins unterstützen und nicht zu Bevorzugung oder nicht erlaubten privaten Vorteilen führen.
- (9) Für die Durchführung der regelmäßigen Wirtschaftsprüfungen in Einklang mit § 8 dieser Satzung kann der Verein externe Wirtschaftsprüfer engagieren. Dies ist jedoch keine Pflicht. Werden externe Wirtschaftsprüfer beauftragt, obliegt es dennoch dem Vorstand, dafür zu sorgen, dass die Wirtschaftsprüfungen regelmäßig durchgeführt werden.

§ 9

Beirat

- (1) Der Verein kann einen Beirat bilden, bestehend aus mindestens zwei, höchstens jedoch fünf Vertretern internationaler Nichtregierungsorganisationen, UN-Organen wie UNICEF und ILO (Internationale Arbeitsorganisation) sowie bedeutenden Persönlichkeiten. Der Beirat berät die Mitgliederversammlung und den Vorstand. Beiratsmitglieder sind berechtigt, an Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen teilzunehmen.

- (2) Kann der Vorstand bezüglich eines Themas keine Entscheidung finden, muss er den Beirat um Hilfestellung bei der Lösung dieser Angelegenheit bitten. Ist das Problem auf diese Weise nicht zu lösen, entscheidet der Beirat über diese Angelegenheit mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. In allen anderen Fällen sind die Beiratsmitglieder nicht stimmberechtigt.

- (3) Die Beiratsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung gewählt.

§ 10

Sitzungsprotokolle

- (1) Von allen Versammlungen der Vereinsorgane müssen Protokolle angefertigt und in der Geschäftsstelle des Vereins aufbewahrt werden. Die Protokolle müssen auf der jeweils nachfolgenden Versammlung des jeweiligen Organs vom Vorstandsvorsitzenden durch Unterschrift bestätigt werden.

- (2) Protokolle sind gemäß § 1 innerhalb von zwei Wochen nach der Versammlung an das jeweilige entscheidungsfähige Komitee zu versenden. Fehler im Protokoll müssen innerhalb von vier Wochen nach Erhalt des Protokolls ermittelt und gegenüber dem Protokollführer geltend gemacht werden. Überarbeitete Protokolle und Anmerkungen zu Protokollen werden nur verschickt sofern es sich um wichtige Änderungen handelt.

§ 11

Änderungen der Vereinssatzung durch den Vorstand

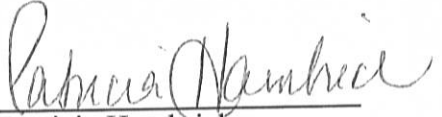
Der Vorstand ist berechtigt, Änderungen an der Vereinssatzung vorzunehmen, die nur diese Version betreffen und die im Rahmen der Registrierung vom Amtsgericht oder der Finanzbehörde für die Anerkennung des gemeinnützigen Status des Vereins gefordert werden.

§ 12

Sprache der Vereinssatzung

Die Vereinssatzung liegt auf Englisch und Deutsch vor. Für die Registrierung und zu Interpretationszwecken ist jedoch die deutsche Version das rechtlich bindende Dokument.

Unterschrift der Generalsekretärin / Signature of General Secretary:



Patricia Hambrick

English translation of the German original of **12 March 2011**

Articles of Association
of the Registered Association
GoodWeave International e.V.

Originally adopted through unanimous resolution of the executive board of GoodWeave International on 21 May 1999 in Cologne, Germany. Adopted and amended through unanimous resolution of the council members on 21 June 2009, amended by board decision of 20 July 2009.

Adopted and amended through unanimous resolution of the council members on 14 July 2010, adopted and amended through unanimous resolution of the council members on 12 March 2011.

§ 1

Name, registered headquarters, financial year

- (1) The Association bears the name of "GoodWeave International" and bears the supplement of "e.V." (registered association) behind its name.
- (2) The central registered headquarters of the Association is Cologne, Germany.
- (3) The financial year of the Association corresponds with the calendar year.

§ 2

Aims of the Association

- (1) The Association pursues only and directly charitable aims in the sense of article "tax advantaged aims" of the German fiscal code. (3rd Article AO).
- (2) The aim of the Association is to eradicate illegal child labour and to offer children concrete opportunities for a school and professional education and other preparatory

measures for a hopeful future. The Association also concerns itself with the promotion of adult employment so that parents can maintain their families at an adequate level. The Association will be guided by the principles of the United Nations Convention on the Rights of the Child.

(3) The constitution aim is carried out especially by:

- a) Management and promotion of GoodWeave intellectual property, including the GoodWeave trademarks, for use on carpets manufactured by licensees conforming to the GoodWeave criteria;
- b) Development and facilitation of educational, vocational training and rehabilitation programs for the benefit of working children and their families;
- c) Facilitation of development programs to improve the working conditions for adult workers in the carpet industry conform with internationally recognised work standards, so that the carpet industry can develop into a model of an industry, which offers qualified artisans and their families a living wage and which manufactures carpets under employment of environmentally friendly methods;

Other means for carrying out the aim of the Association and more details can be determined in an additional agreement to this Articles of Association adopted by the Members Council.

(4) The Association does not act on its own behalf. It does not pursue goals primarily serving its own economic interest.

(5) Association funds may be used for aims of the Articles of Association only. Members may not benefit from use of funds. No person may benefit from disproportional high payments or payments that not in accordance with the aims of the Association.

(6) With the cancellation of the association or with the cancellation of the charity status, the Association's funds will go to UNICEF where it will only be used for direct charitable aims. If UNICEF cannot fulfill these conditions, then the Association will nominate another non-profit office or organisation for the purpose of appropriation of the residual assets.

- (7) Persons who hold an office within the Association usually work on an honorary basis without remuneration from the Association. The Association may employ staff to manage and carry out programs and management. The salary shall be determined by the Members' Council in accordance with the usual labour market rates. Members of the executive board or the advisory board will always work on an honorary basis.

§ 3

Membership

- (1) The Association has regular voting members and non-voting supporting members.
- (2) There are two categories of regular members. They are:
- a) Association members from production countries. Each GoodWeave office in a production country, which has signed a contract with GoodWeave or a third party nominated by GoodWeave shall be entitled to cast one vote.
 - b) Association members from marketing countries. Each GoodWeave office in a marketing country which has signed a Management contract with a national GoodWeave office or a third party nominated by GoodWeave, shall be entitled to cast a vote.
- (3) The annual subscription for the regular members shall be determined by the Members' Council.
- (4) The funds of the Association shall only be spent for statutory purposes. The members of the Association shall not be granted any benefits from the Association's funds.
- (5) The supporting membership is open to every natural person or organisation, who/which is involved in any manner whatsoever in the activities of GoodWeave, or who/which has expressed a clear interest through the support or involvement in the activities of GoodWeave. Applications for membership must be approved by the executive board. After approval of the membership, a natural person or organisation will become a support-

ing member for an extendable period of three years after payment of a membership subscription, which the Board shall be entitled to determine.

- (6) Supporting members are entitled to participate in meetings of the Members Council as observers, however they are not entitled to vote on matters which have been put to the Members Council.
- (7) Every supporting member who would like to be identified as a “Promoter” of GoodWeave can achieve this by fulfilling the conditions stipulated by the executive board. A supporter is entitled to use the GoodWeave trademarks in advertising with the support of GoodWeave, once it has procured a written license from GoodWeave which sets forth the details of the use and must contain a provision according to which the text and design of the advertisement must be coordinated with and agreed to by the executive board.
- (8) All members shall acknowledge the ownership of the GoodWeave trademarks, and other intellectual property, by the Association and shall not challenge the ownership thereto.
- (9) Every supporting member may be excluded from the Association by resolution from the executive board as a result of behaviour which violates the provisions of the Articles of Association or the general interests of the association. The notification of exclusion must be issued to the excluded supporting member in writing.
- (10) The membership will also end through voluntary withdrawal from the Association at the end of a calendar year under compliance with a cancellation period of three months. The declaration of withdrawal shall only be effective if it is made towards a member of the executive board in writing.

§ 4

Members Council

(1) The Members Council, which is comprised of all voting members in accordance with the expositions in § 3 is the uppermost board for the implementation of GoodWeave's aims and also supervises the business activities of the Association. All members (including the supporting members) must always be invited to the Members Council meetings.

(2) The duties of the Members Council mainly comprise the following:

a) Adoption of

- Amendments of and annexes to the Articles of Association and dissolution of the Association;

c. The adoption of resolutions about other matters:

- Acceptance and exclusion of members;
- Determination of the general criteria for the GoodWeave Program;
- Changes to trade names, trademarks and their components, as well as instructions and supplements which are demanded by the licensed dealers;
- Approval of contracts which are concluded with foreign organisations and national membership organisations;
- Election or premature discharge of the chairman of the board, individual members of the board or the members of the advisory board.
- Approval of the annual balance sheet;
- Nomination of an auditor and approval of the audit report;
- Adoption and approval of the budget and other estimates which are recommended to the executive board;
- Passing of resolutions about the rules of procedure for the Association, the executive board and Management;
- Determination of the amount and the due date of the membership subscriptions, in as far as these are not to be determined by the executive board in accordance with these Articles of Association.

(3) Only after a full investigation with written findings and after a written reprimand (including the investigating report) and attempts to relieve any and all problems within a certain period of time, may the Members Council, with a voting majority, rescind from a cooperation agreement with a national office of GoodWeave in a production country, and

suspend the right of this office to use the GoodWeave trademarks or otherwise procure licenses on behalf of the Association, when the respective national office violates major points of the provisions of the cooperation agreement.

- (4) Only after a full investigation with written findings and after a written reprimand (including the investigating report) and attempts to relieve any and all problems within a certain period of time, may the Members Council, with a voting majority, rescind from a Management contract with a national office of GoodWeave in a marketing country and suspend the right of this office to use the GoodWeave trademarks or otherwise procure licenses on behalf of the association, when the respective national office violates major points of the provisions of the Management contract.

§ 5

Notification of a meeting, meetings and the adoption of resolutions by the Members Council

- (1) The Members Council shall meet at least once a year. Any further meetings are to be determined by the Members Council when the interest of the Association necessitates this or upon demand by at least 1/3 of the members.
- (2) The meeting must be called by the Members Council at least 4 weeks in advance (dispatch date). Calling by fax or email is permitted and the meeting may be held via telephone conference call or other electronic means. The invitation for the meeting must contain a draft of the agenda. Resolution drafts must be handed in to the members at least two weeks before the meeting (dispatch date). The meeting shall constitute a quorum when at least half of the members are represented. If there is no quorum, the Members Council is obliged to call another meeting within 4 weeks, which will represent a quorum notwithstanding the number of represented members.
- (3) The executive board may approve a written voting procedure for individual facts outside of the Members Council. In this case, the members must have a period of at least two weeks available to cast their vote, calculated from the time at which they have received

their voting documents; the receipt of the voting documents shall be deemed as legally effective at the latest three days after these have been sent off. The voting must be conducted by sending the voting documents to the executive board per address of the business address of the Association; only those votes will be taken into consideration for the written resolution, which are received back at the executive board within four weeks after the executive board sent off the voting documents. With regard to the majority requirements, § 5 (5) of the Articles of Association shall apply in deviation of § 32 sentence 2 BGB (German Civil Code).

- (4) The person chairing the Members Council is the chairman of the executive board. Should the latter be prevented from exercising his office he/she will be represented by the deputy chairman. If the latter is also prevented, a person from the Members Council shall be determined to chair the council meeting.
- (5) Resolutions about fundamental matters in accordance with § 4 (2a) require a majority of 75% of the cast votes to be adopted. All other matters must be resolved with simple majority of votes. Abstentions do not count as votes. The chairman must decide about the voting procedure. Upon request by one voting member, the voting will be conducted as secret vote.
- (6) The following rule shall apply in the case of voting executive board members or advisory board members: If no candidate achieves the required majority in the first ballot, another ballot shall be held between the candidates who received the most votes in the first ballot.
- (7) The Members Council may decide with a majority of 80% of the cast votes, that one member or individual members are entitled to delegate advisory board members. Delegated members of the advisory board shall not be voted by the Members Council.
- (8) Each member may apply that additional points are placed on the agenda. In this case the Members Council must decide about the acceptance or rejection of the application.

§ 6

Executive Board

- (1) The executive board will lead the business of the Association. It bears the responsibility for all matters of the Association, as far as these have not been assigned to another decision-making committee (Members Council or Advisory Board) in accordance with the provision of these Articles of Association. The executive board can employ personnel which will support it with the fulfilment of its duties.
- (2) The so-called extended Board is comprised of the chairman and the deputy chairman, a secretary general and a treasurer. It may also include up to additional four at-large positions. In any event, the executive board shall not exceed eight members. In no way shall the number of external representatives exceed number of member representatives.
- (3) Owners or staff of the licensed dealers of any GoodWeave trademarks (“Trade members”), on aggregate, may not hold more than one position on the executive board.
- (4) The Association will be represented by the chairman of the board in in- and out-of court matters in the intentions of § 26 BGB (German Civil Code). The chairman of the board may transfer powers of attorney to other members of the executive board or to another employed manager/director for the execution of certain business transactions or certain periods of time.

§ 7

Election, Period of Office, Rules of Procedure of the Executive Board

- (1) The members of the executive board are to be elected by the Members Council for a period of office of three years. Terms may only be renewed one time. They shall remain in office until a new election has taken place. A re-election is permissible. However, the executive board shall include four GoodWeave member representatives and may include up to four external representatives. The national GoodWeave office which strives for an office in the executive board, must nominate the person designated for the office prior to conducting an election. The person does not need to be a member of the executive board

of the national GoodWeave office which nominates it. The chairman and the secretary general must be elected from different member categories in accordance with § 3 (2); the chairman must be elected in accordance with the rotation procedure from each of these member categories.

- (2) The Members Council may make a resolution to determine the rules of procedure for the executive board.

§ 8

Conflicts of interest

- (1) In the case that GoodWeave intends to complete a legal transaction or an agreement which may serve the private interests of a member of the executive board, committee or member of the council of GoodWeave, the interests of the Association must be protected, subject to the following provisions.
- (2) Involved persons designate every member of the executive board, committee, or council member who has a direct or indirect financial involvement. Financial investment of a person means that the person, directly or indirectly through business activities, investment or family has:
- (a) ownership or investment in a company with which the company has concluded a legal transaction for an agreement ;
 - (b) made an agreement about the receipt of a payment (including direct or indirect remunerations and gifts or favours of a considerable kind) from the Association or an organisation or person with which/whom the Association has concluded a legal transaction or agreement; or
 - (c) a potential ownership or investment share in, or a remuneration agreement with an organisation or person with which/whom the Association is negotiating about a legal transaction or agreement.
- (3) In connection with any actual or possible conflicts of interest, an involved person must disclose the existence of his or her financial involvement and he/she must be given the

opportunity to disclose all major facts to the members of the executive board or council members, who are considering the planned legal transaction or agreement. After the involved person has disclosed his or her financial involvement and all the relevant major facts, the person is excused from the meeting during which this information has been disclosed, while considerations are made and votes cast about the resolution regarding the conflict of interest. The other members of the council must decide whether there is a conflict of interest.

(4) The Association must conduct the following steps when deciding whether it is a conflict of interest:

- (a) An involved person may make a declaration during the executive board or council meetings, but after this declaration the involved person must leave the meeting during the deliberations and voting about the legal transaction or agreement which may lead to the conflict of interest;
- (b) The chairman must, where necessary, order a non-involved person or a committee with the investigation of alternatives for the planned legal transaction or agreement;
- (c) The executive board or council members must then undertake appropriate steps to decide whether the Association may conclude an advantageous legal transaction or agreement through reasonable efforts which would not lead to a conflict of interest;
- (d) If an advantageous legal transaction or agreement cannot be reached reasonably under conditions, which would not lead to a conflict of interest, the executive board and council members must resolve with a voting majority of the non-involved executive board or council members, whether the legal transaction or agreement is in the best interests of the company, and serves its own advantage and whether the agreement is appropriate and reasonable for the company, and they must resolve whether this legal transaction or agreement must be concluded in agreement with this resolution.

(5) The company must conduct the following steps if the executive board decides that there is a possible non-disclosed conflict of interest:

- (1) When the executive board or council members have reasonable occasion to surmise that a member has not disclosed actual or possible conflicts of interest, they must inform this member about the basics of this surmise, and give the member the opportunity of taking a position to this omitted disclosure;
 - (2) If the executive board or council member finds that, after hearing the response of the involved person and after execution of further investigations, which may be necessary according to the given circumstances, the member has really omitted to disclose an actual or possible conflict of interest, they must undertake corresponding disciplinary and remedial measures. These measures may comprise a warning or admonition of the respective member, a fine, the prohibition of conducting any activity or office in the Association, the loss of office in any committee of the Association or the limited or permanent exclusion from the Association.
- (6) The minutes of the meetings of the executive board or council members, where considerations were undertaken about the potential conflicts of interest, must contain the following:
- (a) the names of the persons involved who have disclosed a financial investment in combination with an actual or possible conflict of interest or whose financial investment has been determined in another fashion, the type of financial investment, any and all measures which were undertaken to differentiate whether there was a conflict of interest, as well as the resolution by the executive board or council members whether there was an actual conflict of interest; and
 - (b) the names of the involved persons who were present during the consultations and agreements about the legal transaction or agreement, the contents of the consultations including any and all alternatives for the planned legal transaction or agreement and a comment about any agreements conducted in combination therewith. Copies of any reports, estimates or other written data, which were presented during the meeting for the purpose of analysis of the conflict of interest, or the voting about the planned legal transaction or the agreement, must be included in the minutes of the meeting for the files.

- (7) Every member of the executive board, committee or council member must sign an annual declaration which discloses the facts about an actual or possible financial investment or which shows that he or she does not possess a notifiable financial investment, and must hand this over to the chairman. In the annual declaration it must also be laid down that the person:
- (a) has received a copy of the provisions set out in this section 8;
 - (b) has taken note of and understood the provisions set out in this section 8;
 - (c) has agreed to comply with the provisions set out in this section 8;
 - (d) is clear about the fact that the provisions set out in this section 8 apply to the executive board, each body, member of the advisory board, as well as all regular committees; and
 - (e) is clear about the fact that the company is a non-profit organisation and must primarily conduct activities to realize one or several of its tax-exempt purposes to maintain its tax status.

The completed annual declarations must be handed in to the secretary general.

- (8) To ensure that the activities of the Association conform with its charitable purposes and that the Association does not conduct activities, which could endanger its status as an organisation exempt from the federal income tax, periodical audits must be carried out. The following minimums will be audited during the periodic audits:
- (a) whether the remuneration agreements and performance are appropriate and the result of negotiations between legally independent parties; and
 - (b) whether partnership and Joint Venture agreements, as well as agreements with professional service providers correspond with written guidelines, were recorded regularly, represent appropriate payments for goods and services, promote the non-profit purposes of the Association and do not lead to favouritism or non-permissible private advantages.

- (9) When executing the periodic audits in accordance with the provision in this section 8, the Association may, but is not obliged to use external auditors. If external auditors are used,

their ordering does not release the executive board from its responsibility to ensure the execution of periodic audits.

§ 9

Advisory Board

- (1) The Association may have an advisory board which must be comprised of at least two, at maximum five representatives of international non-governmental organisations, UN offices such as UNICEF and ILO, as well as prominent personalities. The advisory board advises the Members Council and the executive board. The members of the advisory board are entitled to participate in the meetings of the Members Council and the meetings of the executive board.
- (2) If the executive board cannot reach a decision regarding a matter, the executive board must ask the advisory board to recommend an action to overcome the dead point. If the problem still cannot be solved by this, the advisory board must decide about the matter with a majority of the cast votes. In all other cases, the members of the advisory board are not entitled to vote.
- (3) The members of the advisory board will be elected by the Members Council.

§ 10

Minutes of the Meeting

- (1) Minutes must be prepared for all meetings of the Association and must be kept in the archives of the Association. The chairman of the executive board must confirm the minutes at the subsequent meeting of the corresponding decision making committee with his/her signature.
- (2) In accordance with § 1 the minutes must be sent to the members of the corresponding decision-making committee within two weeks after the meeting. Any errors in the minutes must be determined within four weeks after receipt of the minutes and notified to the re-

ording secretary. Revised minutes and comments to the minutes must be sent out when the amendments are important.

§ 11

Amendment of the articles of Association by the Executive Board

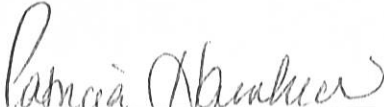
The executive board shall be entitled to conduct amendments of the Articles of Association, which apply only to this version, and which are prescribed by the District Court in combination with the registration procedure or from the tax offices in combination with the recognition of the charitable status.

§ 12

Language of the Articles of Association

The Articles of Association must be available in the English and German language. For the purpose of registration and interpretation, however, the German version shall be the legally binding document.

Unterschrift der Generalsekäterin / Signature of General Secretary:


Patricia Hambrick